



Aktuelle Fragen zu Öffentlich- Privaten Partnerschaften im Wassersektor

Dr. Gunnar Zillmann

Ständige Vertretung der
Bundesrepublik Deutschland
bei der Europäischen Union

Brüssel

Aktuelle Fragen zu öffentlich-privaten Partnerschaften im Wasserssektor

Dr. Gunnar Zillmann

Ständige Vertretung Deutschlands

bei der EU, Brüssel

Daseinsvorsorge / Öffentlich-Private Partnerschaften

- Grünbuch
Daseinsvorsorge 2003
- Weißbuch
Daseinsvorsorge 2004
*Derzeit von Kommission
kein Follow-up geplant*
- Grünbuch Öffentlich-
Private
Partnerschaften 2004
*Kommission arbeitet am
Follow-up*

Aktuelle Dokumente zu öffentlich-privaten Partnerschaften

- Grünbuch:

„Grünbuch zu öffentlich-privaten Partnerschaften und den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge und Konzessionen“ vom 30. April 2004, KOM(2004)327.

- Auswertung der Stellungnahmen:

„Report on the public consultation on the green paper on public-private partnerships and community law on public contracts and concessions“ vom 3. Mai 2005, KOM(2005)629.

- Weiteres Vorgehen:

„Mitteilung zu öffentlich-privaten Partnerschaften und den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen und Konzessionen“ vom 15. November 2005, KOM(2005)569.

Dokumente veröffentlicht im Internet unter:

http://www.europa.eu.int/comm/internal_market/publicprocurement/ppp_de.htm

Grünbuch Öffentlich-Private Partnerschaften

Ergebnisse der Konsultation:

- aufgegeben:
 - Einheitliches Regelwerk für öffentliche Aufträge und Konzessionen
 - EU-Regeln zu:
 - Privat initiierten ÖPP
 - Vertraglichen Rahmenbedingungen für ÖPP
 - Unteraufträgen
- angekündigt:
 - Richtlinie zu Dienstleistungskonzessionen
 - Auslegende Mitteilung zu institutionalisierten ÖPP

Politische Ziele der Kommission:

- Vergabe aller Aufträge und Konzessionen im Wettbewerb,
- Auswahl privater Partner bei Öffentlich-Privaten Partnerschaften im Wettbewerb.

Richtlinie zu Dienstleistungskonzessionen

Voraussichtlicher Inhalt:

- Abgrenzung öffentlicher Aufträge von Konzessionen,
- Pflicht zur angemessenen Bekanntmachung der Absicht der Konzessionserteilung,
- Auswahl der Konzessionäre auf Grundlage objektiver, vorab festgelegter Kriterien,
- Gegebenenfalls Anpassungsregeln für Konzessionen mit langer Laufzeit.

Auslegende Mitteilung zu institutionalisierten ÖPP:

- Inhouse-Vergabe:

- Ausschreibung stets, wenn Privater an Auftragnehmer beteiligt ist (Rechtssachen Teckal / Stadt Halle),
- Auswirkungen der nachträglichen Beteiligung eines Privaten auf bestehende Aufträge und Konzessionen? (Rechtssache Mödling).

- Interkommunale Kooperation (ÖÖP):

- Ausschreibung grundsätzlich, wenn öffentliches Unternehmen Leistung gegen Bezahlung erbringt,
- Keine Ausschreibung bei Zuständigkeitsübertragungen im Rahmen der Verwaltungsorganisation.

Rechtsfortbildung durch den EuGH

Weitere Bereiche, in denen Kommission und EuGH derzeit aktive Rechtsfortbildung betreiben:

- Kündigungspflicht für vergaberechtswidrig vergebene Aufträge,
- Ausschreibungspflicht von Aufträgen unterhalb der Schwellenwerte der Vergaberichtlinien.

Position der Bundesregierung:

- Richtlinie zu Dienstleistungskonzessionen:
 - Flexible Ausgestaltung nötig
- Auslegende Mitteilung zu institutionalisierten ÖPP:
 - Rechtsentwicklung wird kritisch gesehen

Befürchtete Folge:

- nachlassende Privatisierung,
- Rückübertragung von Aufgaben auf staatliche Stellen.